

LESER-REAKTIONEN ZUM THEMA:

# Arbeit muss endlich wieder mehr wert sein!

den, die wenig verdienen (eine kleine Auswahl finden Sie weiter unten und auf der rechten Seite).

### Positive Reaktionen

Verena Kumpitsch selbst konnte hingegen von etlichen positiven Rückmeldungen berichten, die sie als Reaktion auf den Artikel in der WOCHE erhalten hat. „Ich habe in den letzten Tagen fast eine Sekretärin gebraucht und 100 neue Facebook-Freunde“, so die 33-jährige, die außerdem bereits von drei Job-Angeboten berichten kann, zu denen sie zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nichts Konkretes sagen kann.

### Arbeit schaffen

Und auch die scheidende Bürgermeisterstellvertreterin Martina Schröck meldete sich zu Wort: „Nicht die Höhe der Mindestsicherung ist das Problem,



Ähnliche Schicksale: Verena Kumpitsch wurde von vielen kontaktiert, die in einer ähnlichen Situation sind wie sie selbst. Foto: geophoto.com

sondern, dass viele Menschen zu wenig verdienen für ihre Arbeit. Arbeit muss sich endlich wieder lohnen. Wir müssen alles daran setzen, Arbeitsplätze zu schaffen. Von einer Kürzung der Mindestsicherung halte ich nichts. Besser ist es, unsere Energie in der Frage zu bündeln: Wie schaffen wir Arbeit, von der man auch gut leben kann?“

### RICHTIGSTELLUNG

Verena Kumpitsch hat ihren Anspruch auf Sozialleistungen, wie etwa den Heizkostenzuschuss oder die Rezeptgebührenbefreiung, nicht wie auf Seite fünf in der WOCHE vom 20. April 2016 behauptet durch Antritt ihrer Arbeit, sondern durch die Höhe ihres Einkommens verloren.

### Löhne zum Leben

Wie es Frau Kumpitsch geht, weiß ich sehr gut. Mehr als zweieinhalb Jahre ist es mir ähnlich ergangen. Zum Glück habe ich jetzt wieder eine Arbeit, von der ich leben kann. Gemein sind die Diskussionen, die zurzeit rund um die Mindestsicherung laufen. ÖVP und FPÖ wollen sie kürzen. Anstatt die Menschen zu schikanieren, die es schwer haben, sollten sie sich besser darum kümmern, dass es wieder Löhne gibt, von denen man leben kann.

Annika Pagl

### Es geht noch schlimmer

Als Ombudsstelle für Grazer Mädchen und Frauen kann ich Frau Kumpitschs Äußerungen zu ihrer Situation, als Berufstätige (zu) wenig zu verdienen, nicht nur nachvollziehen sondern durchaus bestätigen. Und es geht noch schlimmer: Wenn Alleinstehende beispielsweise zusätzlich auch noch ohne Alimente des Vaters auskommen müssen weil diese uneinbring-

bar sind. Mit (sehr) knapp über 1000 Euro zwei (oder mehr) Menschenleben zu finanzieren ist ein unbarmherziger Drahtseilakt, mit dem sich Mütter konfrontiert sehen. Und dennoch ist es zu viel (!), um soziale Vergünstigungen in Anspruch nehmen zu können!

Ich erlebe das es in meiner täglichen Arbeit und ein aktuell im Europäischen Parlament eingebrachter Bericht bestätigt: Frauen sind häufig von Armut und Armutsgefährdung betroffen. Prekäre Arbeitsverhältnisse, auf die Frau wegen Kinderbetreuungspflichten eingehen muss, sind ein Grund dafür, traditionelle Rollenbilder, die Müttern praktisch die alleinige Verantwortung für Kinderbetreuung zuschreiben, ein weiterer. So lange Betreuungsarbeit nicht fair aufgeteilt wird und typische Frauenberufe schlechter bezahlt sind als typische Männerberufe, sind wir nicht nur von der Beseitigung von Frauenarmut Lichtjahre entfernt, sondern auch von einer Gesellschaft, in der die Allgemeinen Menschenrechte Gültigkeit haben und Frauen

und Männer gleichgestellt ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes Leben führen und sich mit dem gebührenden gegenseitigen Respekt auf Augenhöhe begegnen können.

Gabriele Metz

### Einkommensfrage

Dieser Artikel erweckt wieder einen vollkommen falschen Eindruck. Es ist schlimm genug, wenn du fürs Arbeiten nicht mehr bekommst als ohne! Aber weniger? Der Anspruch auf sämtliche uns bekannten Leistungen ergibt sich grundsätzlich aus Einkommen und nicht, ob jemand „arbeitet“ oder nicht. Arbeitslosigkeit ist keine Frage von Fleiß oder Faulheit, sondern vielmehr von fehlenden Arbeitsplätzen: rund 500.000 Arbeitslose raufen sich um rund 40.000 offene Stellen – und (bezahlte) Arbeit schützt eben nicht

einmal vor Armut! Dass viele von uns materiell Schwachen nicht wissen, was ihnen rechtlich überhaupt zusteht, liegt an schlechter Information, fehlender vertraulicher Beratung und komplizierter Bürokratie; außerdem daran, uns ständig schlecht zu machen (faul, unfair, schmarotzend...) und uns gegeneinander auszuspielen. Leider richtig, was Verena Kumpitsch abschließend sagte: „Es soll aber heißen, dass Arbeit dringender mehr wert sein sollte, als es im Moment bei vielen der Fall ist...!“ Zumal wir ja vom Gesetz her arbeiten gehen müssen! Viele der „faulen“ BMS-Bezieher haben übrigens eine (wenig) bezahlte Arbeit – und wenige bekommen die volle BMS-Höhe ausbezahlt: im Schnitt sind es ja pro Person nur rund 90 Euro pro Monat (Beispiel Graz).

Wolfgang Schmidt, Verein Amsel

■ Schreiben Sie uns! Ihre Meinung ist gefragt. Wenn auch Sie uns etwas mitteilen wollen,

richten Sie Ihre Leserbriefe bitte per E-Mail an [leserbrief@woche.at](mailto:leserbrief@woche.at)



### LESERBRIEFE ZUM WERT DER ARBEIT

#### Abgabenbelastung

Ich habe heute Ihren Artikel aus zweierlei Gründen gelesen. Einerseits freute es mich, dass es dieses Thema endlich einmal in einem Medium auf die Titelseite geschafft hat, andererseits ist mir Verena Kum-

nicht schlecht entlohnt, nur fällt ein Großteil davon nicht ins Geldtaschel der Arbeitnehmer, sondern ins Staatssäckel! Als Arbeitgeber möchte ich auf diese Unverhältnismäßigkeit der Abgabenbelastung durch Dienstgeber-Abgaben hinweisen. Arbeitnehmer sind

mal im Jahr plus Dienstgeber-Abgaben! Ein Unternehmen muss sich den Mitarbeiter leisten können, das heißt, die Aufgabe im Unternehmen zu haben, sich diesen Mitarbeiter auch leisten zu können, die Alternative ist wohl die baldige

vonseiten der Steuerbelastung zu hinterfragen. Hier ist der Staat gefragt! Das nette Steuerreformchen (das nebenbei erwähnt über Umwegrentabilität wieder überaufgebraucht wurde), war reine Kosmetik. Mehr als gerne